



Dieter Wunder: Der DGB zwischen Teilhabe und Gegenmachthoffnung

Dr. Dieter Wunder, geb. 1936 in Düsseldorf, Studium der Germanistik und Geschichte in Göttingen, München und Hamburg, war von 1981 bis 1997 Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und ist seitdem Mitglied des Sachverständigenrates Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung.

Zuerst möchte ich den DGB in seiner Glanzperiode um 1970 vorstellen. In einem zweiten Teil erörtere ich die Ziele der Gewerkschaften unter dem etwas ironischen Titel "Der Kampf für eine andere Republik". Danach gehe ich auf Struktur und Rolle des DGB ein; in einem vierten Teil frage ich nach der Geschichtsschreibung über den DGB und die Gewerkschaften.

Der DGB in seiner Glanzzeit

Um 1970 war der DGB aufgrund spezifischer historischer Umstände in seiner Glanzperiode. Aufgaben, die primär ihm oblagen, nicht den Einzelgewerkschaften, standen ganz oben auf der politischen Agenda: Konzertierte Aktion, Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Humanisierung der Arbeit, Bildung. Die damit verbundene besondere Rolle des DGB wurde breit akzeptiert. Die politische Reformperiode eröffnete den Gewerkschaften seit 1966, vor allem ab 1969, Realisierungsmöglichkeiten für gewerkschaftliche Gesellschaftskonzepte. Sie schienen auf der Gewinnerstraße zu sein. Mit dem DGB als Sprecher der Gewerkschaften verknüpften sich zugleich die Hoffnungen der jungen Generation, die sich für eine Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einsetzte. Der DGB stand für Reformen im emanzipatorischen Sinn, selbst wenn dies mehr Rhetorik denn Möglichkeit war. Man kann die damalige spezifische Reformleistung des DGB und der Gewerkschaften in drei Aspekte differenzieren: Der DGB war Initiator von Reformen im Arbeitsleben, z.B. Mitbestimmung. Der DGB war Verstärker für Trends, z.B. die generelle Reformbereitschaft der Gesellschaft. Und der DGB war Stabilisator, z.B. für die aufkommende ökologische Bewegung.

Sieht man die Jahre um 1970 als eine zweite Gründung der Bundesrepublik an, so gehört der DGB mit den Gewerkschaften zu den Kräften, die daran aktiv beteiligt waren. Urheberschaft kann er allerdings nicht beanspruchen. Der DGB hat auf die Regierung in ihrer Reformphase unterstützend, ja antreibend gewirkt. Ich erinnere an Rentenpolitik und Ostpo-

litik. Vor allem haben die Gewerkschaften für die Koalitionen seit 1966, insbesondere seit 1969, gesellschaftliche Vermittlungsarbeit geleistet. Sie machten deren Handeln an vielen Stellen plausibel und schufen ihnen damit eine gute Basis. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass manche Wege nur zögernd beschritten wurden, z.B. in der Abtreibungsdebatte oder in der Öffnung zur Wissenschaft.

Die damalige Stärke des DGB beruhte auf einer ungewöhnlichen Konstellation: Die SPD war endlich erstmalig an der Regierung beteiligt und bildete dann 1969 selbst die Regierung. Die Beziehungen zwischen DGB und SPD waren 1966 bis 1981 sehr viel enger als derzeit, wenn auch nicht konfliktlos. 1966/69 konnte die SPD Hoffnungen auf Fortschritt, gerade aus gewerkschaftlicher Sicht, annäherungsweise erfüllen. Die von vielen als gesellschaftliche Stagnation empfundene Lage wurde überwunden, das Wirtschaftswachstum - gestärkt durch eine keynesianische Wirtschaftssteuerung - unterstützte die Aufbruchstimmung großer Teile der Gesellschaft. Die Warnschüsse der wilden Streiks im September 1969 ließen es angeraten erscheinen, auf die Gewerkschaften besondere Rücksichten zu nehmen. Der SPD musste der DGB als gesellschaftliche Kraft, die die Arbeiterschaft repräsentierte, eine willkommene Unterstützung sein, die es einzubinden galt. Folgerichtig wurden zwei Gewerkschaftsführer Minister, Georg Leber und Walter Arendt. Die Einrichtung des Gewerkschaftsrates der SPD und die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) sind ebenso Anzeichen dafür, dass man auf die Gewerkschaften einging, zugleich aber Ausdruck der spürbaren Notwendigkeit, auf die Gewerkschaften zuzugehen. Die Zweideutigkeiten der heutigen Lage, die Defensive, in der sich die Gewerkschaften befinden, und ins Leere laufende Hoffnungen auf die eigene Regierung fehlten in den Anfangsjahren der SPD-Teilnahme an der Regierung.

In der Abschwungperiode seit 1973 federten die Gewerkschaften bis fast zuletzt „ihre“ Regierung ab, wenn auch immer widerwilliger. Die Epoche, in der der DGB und die Gewerkschaften sich im Einklang mit dem Zeitgeist wähnten, fand bald ihr Ende, als die Gewerkschaften mit der Wirtschaftskrise 1973/74 zunehmend in Bedrängnis gerieten. Zwar wird den Gewerkschaften unter Helmut Schmidt größerer Einfluss als unter Willy Brandt zugeschrieben, zu prüfen wäre allerdings, ob dieses Urteil nicht doch der Umarmungsrhetorik des damaligen Bundeskanzlers erliegt. Neue soziale Kräfte entwickelten sich außerhalb des etablierten Organisationen- und Parteienspektrums. Der DGB, wie die meisten Gewerkschaften, stellte sich gegen die neuen linken Strömungen. Mit dem Verlust reformpolitischer Möglichkeiten gewann die Tarifpolitik und gewannen damit die Einzelgewerkschaften die Oberhand. Praktisches Alltagshandeln und Rhetorik der Gewerkschaften traten wieder stärker auseinander. Das Leiden daran förderte wohl die Kampfkraft in den achtziger Jahren, hat aber zugleich Wege der Erneuerung erschwert. Die Verarbeitung der Enttäuschung über die letzten Jahre Helmut Schmidts und die Kohl-Ära erfolgte weitgehend mit traditionellen Konzepten.

Der Kampf für eine andere Republik

Ungeachtet der Tatsache, dass der DGB und die Gewerkschaften als schwerfällige Massenorganisationen strukturell konservativ sind, gilt, dass sie die Gesellschaft weiterentwickeln wollen. Das Verhältnis des DGB sowie der Gewerkschaften zum Staat war damals deutlicher als heute von einer Polarität bestimmt. Einerseits verteidigte man den demokratischen und sozialen Rechtsstaat als Errungenschaft gerade der Gewerkschaften, andererseits fühlte man

sich in diesem Staat noch keineswegs zu Hause, sondern auf dem Wege in eine bessere Zukunft. Mit gewerkschaftsinternen populären Forderungen, wie der nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien oder Wirtschafts- und Sozialräten, standen DGB und Gewerkschaften in gewisser Weise für eine andere, bessere Republik oder eine gerechtere Gesellschaft. Indem ich diese umstrittenen Begriffe verwende, möchte ich zum einen im Unterschied zum Begriff "Gegenmacht" auf eine Zielperspektive hinweisen, zum anderen die Distanz zum Status Quo betonen.

Der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter sagte im Gespräch mit Jesko von Puttkammer 1971: "Für uns Gewerkschafter bietet das Grundgesetz die große Chance, unsere Republik zu einem auch von der Arbeitnehmerschaft voll bejahten sozialen und demokratischen Rechtsstaat auszugestalten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund steht zu dieser Republik, aber er ist nicht bereit, sich in die gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse integrieren zu lassen. Er leitet vielmehr aus dem Grundgesetz den unmittelbaren Anspruch und die Pflicht für die gesellschaftliche Fortentwicklung in unserem Staat ab: Die Grundlage unserer Staatsbejahung ist der Glaube an diese Entwicklung." Er kennzeichnete das Grundsatzprogramm von 1963 als erstaunlich weit blickendes, aus der historischen Erfahrung zusammengetragenes umfassendes Bild einer künftigen Gesellschaft und meinte damit insbesondere Mitbestimmung, Beteiligung am Produktivvermögen und Bildung.

Das Pochen der Gewerkschaften auf die Weiterentwicklung des Staates und der Gesellschaft eröffnete vielen jüngeren Menschen eine Möglichkeit, sich politisch in den Gewerkschaften wieder zu finden. Nicht wenige von uns deuteten in solche Worte eine Nähe zu den Vorstellungen einer demokratisch-sozialistischen Republik. Dieser DGB-Vorsitzende und mit ihm seine Gewerkschaften wollten grundsätzlich mehr als den Status Quo. In eine solche Perspektive konnten sich Sozialisten jeder Couleur einbringen. Derart öffneten sich Gewerkschaften prinzipiell den durch die Studentenbewegung neu belebten sozialistischen Strömungen. Allerdings trat das Misstrauen großer Teile der gestandenen Funktionärsschicht gegen Intellektuelle oder neue Linke immer wieder zutage, wie umgekehrt diese Intellektuellen und neuen Linken den Gewerkschaftsfunktionären ihre Integration in das System vorwarfen, ein Zusammengehen daher, wenn überhaupt, oft nur taktisch zustande kam.

Die bei den Gewerkschaften übliche überschießende Rhetorik hat hier ihre Funktion. Sicherlich wird diese Rhetorik teilweise bewusst als Mobilisierungsinstrument eingesetzt. Dominant war aber, so deutete ich das, eher der Wille, die eigenen Überzeugungen von einer anderen Gesellschaftsordnung qua Rhetorik deutlich zu machen. Derart wurde die Brücke zwischen dem Glauben der gewerkschaftlichen Grundsatzideologie, mochte sie noch so blass sein, und den Möglichkeiten des realen Handelns geschlagen. Die Rhetorik erinnerte an das, was man eigentlich erreichen wollte. Sie schaffte das gute Gewissen für das pragmatische Handeln innerhalb des Kapitalismus. Die Neubelebung des 1. Mai - aus Saalveranstaltungen wurden Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel - mag als Symbol dieses Verhaltens genannt werden.

Struktur und Rolle des DGB

Zum Verständnis der damaligen Lage scheint es mir notwendig zu sein, die Strukturen des DGB näher zu beleuchten. Der DGB von 1970 ist mit dem heutigen DGB schwer vergleichbar. Damals war das Eigenleben der gewerkschaftlichen Welt noch relativ stark, beispielsweise

war das Feindbild „bürgerliche Presse“ durchaus dominierend. Damals existierte der DGB noch in der Fläche. Damals gab es eine einflussreiche gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft, die sich auf Expansionskurs befand. Damals war die Verbindung zur SPD für die meisten Gewerkschaftsfunktionäre, die zur CDU/CSU für eine Minderheit, selbstverständlich.

Wie die gesamte Gewerkschaftsbewegung eine fast geschlossene Welt für sich darstellt, so hat jede Gewerkschaft wiederum ihr eigenes Leben und ihre eigene Kultur. Die Rolle der Hauptamtlichen und den Gewerkschaften fest verbundenen ehrenamtlichen Funktionäre kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie stellen faktisch die Gewerkschaftsbewegung dar. Ihre Bindung an die Organisation bestimmt deren Stärke. Ihre Kenntnisse und Verbindung zu den Mitgliedern sind die Grundlage für jedes Agieren. Sie vermitteln im Grunde zwischen Bevölkerung und Politik. Sie interpretieren primär aus einer Innensicht die jeweilige politische Entwicklung, und sie sind zugleich diejenigen, die die Außenwelt wahrnehmen und in die Innensicht verwandeln. Sie sind aber, von DGB-Funktionären abgesehen, immer Funktionäre ihrer jeweiligen Gewerkschaft.

Der DGB ist gemäß seiner Konstruktion im Prinzip nicht mehr als der Ort, an dem sich die Vertreter der 16, und, nach dem Beitritt der Gewerkschaft der Polizei, 17 Mitglieder, nämlich 17 Gewerkschaften, trafen, Erfahrungen austauschten, über gemeinsame Ziele und Strategien diskutierten. Der Apparat des DGB kann dabei dank fachlicher Kompetenzen sehr einflussreich sein. Der DGB als gemeinsame Organisation ist aber im Prinzip schwach. Er hat weder eigenständige Ressourcen noch kann er auf die Gewerkschaften direkt zurückgreifen. Mag die Bindung der Mitglieder der Gewerkschaften an den DGB unterschiedlich zu beurteilen sein - dem DGB fehlt jeder direkte Zugang zu den Mitgliedern der Gewerkschaften. Der DGB kann normalerweise nur das leisten, was ihm von seinen manchmal sehr misstrauischen Mitgliedern, den Gewerkschaften, erlaubt wird - wobei die größeren und großen dominieren.

Die Konzentration der Gewerkschaften auf Tarif- und Vertretungspolitik, ich meine damit Betriebspersonalarbeit und andere Vertretungskörperschaften, gibt dem DGB kaum eigenständigen Spielraum. Die führenden Funktionäre des DGB und der Gewerkschaften waren somit vorsichtig, allgemein politisch tätig zu sein. Begünstigt wurde diese Haltung durch die Erfahrungen aus der Anfangszeit der Bundesrepublik. Die längst abgeschlossenen Auseinandersetzungen mit kommunistischen Funktionären und Mitgliedern lebten in der Erinnerung fort. Misstrauen gegen die Eigenständigkeit von DGB-Untergliederungen war stets lebendig. Vor allem aber die Wahlen 1949 sowie 1953 und das Ergebnis des Kampfes um die Mitbestimmung waren Niederlagen, die in der Erfahrung lange nachwirkten. Wirtschaftsordnung, Wirtschaftspolitik und Wiederbewaffnung fanden gegen die Gewerkschaften statt, und trotzdem war die Tarifpolitik der Gewerkschaften außerordentlich erfolgreich.

Gestützt auf den Bundesvorstand wird der DGB-Vorsitzende mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern allerdings dann zum einflussreichen Koordinator, wenn es gilt, zu Gesetzen und Entscheidungen der Bundesregierung, die die Gewerkschaften spezifisch angehen, Stellung zu nehmen. Ich verallgemeinere etwas: Der DGB ist also dann stark, wenn eine politische Lage existiert, in der alle Gewerkschaften angehende politische Aufgaben im Mittelpunkt des politischen Geschehens stehen, und wenn die Gewerkschaften dazu eine einheitliche Meinung entwickeln und dementsprechend handeln. Und diese Lage war um 1970 annähernd gegeben.

In der Bündelung einer Vielzahl unterschiedlicher Interessen kann der DGB mit dem Können seines Apparates und der Rückkoppelung zu den Erfahrungen seiner Mitglieder, also der Gewerkschaften, in vielen politischen Fragen kompetenten Sachverstand wie Unterstützung

einer Massenorganisation einbringen und somit politisches Eigengewicht gegenüber Regierung, gegenüber Unternehmern und Wissenschaft zeigen. Als Teil des korporatistischen Systems der Bundesrepublik, heute zuweilen mit dem Stichwort "Konsensdemokratie" negativ bedacht, spielte er eine beachtliche Rolle. Da in der Gewerkschaftsbewegung nur der DGB beanspruchen kann, mehr als eine partikuläre Kraft zu sein, kann er, indem er die gewerkschaftlichen Partikularitäten verallgemeinert, mit seinen Kongressen einigermaßen glaubhaft den Anspruch vertreten, Parlament der Arbeit zu sein.

Zweifelsohne könnten der DGB und die Gewerkschaften ein größeres Gewicht in der deutschen Politik besitzen, wenn die Gewerkschaften ihre Partikularinteressen zu Gunsten des Gemeinsamen einschränken würden. Offensichtlich besteht aber an einer starken, in viele Politikfelder hinein wirkungsmächtigen Gewerkschaftsbewegung kein Interesse. Die Selbständigkeit in der Verfolgung der Partikularinteressen, die ja durchaus beachtliche Erfolge zeitigen kann, ist wichtiger als das, was gemeinsam durchgesetzt werden könnte. Insofern spiegelt das Verhältnis DGB - Gewerkschaften die tatsächliche tarif- und vertretungspolitische Präferenz der Gewerkschaften wider, also ihre Zurücknahme in Partikularität.

In der Struktur der bundesrepublikanischen Gewerkschaftsbewegung sehe ich einen wesentlichen Grund für die Schwäche der Gewerkschaften. Auf den DGB wird "abgeschoben", was jenseits der Tarif- und Vertretungspolitik liegt. Dass damit auch ein Teil Wirkungslosigkeit sowie Stagnation bzw. Mangel an Veränderungsfähigkeit festgeschrieben wird, gerät aus dem Blickfeld. Der DGB, fern der Tarifpolitik, insbesondere durch seinen allgemeinen Anspruch relativ nah an der Politik, wäre dazu prädestiniert, neue politische Problemlagen aufzugreifen und zu verarbeiten, ja sogar Visionen zu entwickeln. Aber daran hindern ihn die Einzelgewerkschaften, die durch ihre Aufgaben absorbiert sind und jedes Handeln des DGB daraufhin überprüfen, wie es ihrer Gewerkschaft in der jeweiligen Lage bekommt.

Die Gewerkschaften in der Geschichtsschreibung

Schaut man in die publizistische und wissenschaftliche Literatur über die allgemeine Geschichte der Bundesrepublik, so spielen die Gewerkschaften einschließlich des DGB dort, wie in den die Geschichtsschreibung popularisierenden Ausstellungen und Museen, vielfach eine geringe Rolle. Aus einer gewerkschaftlichen Binnensicht wirkt dies enttäuschend. Aber auch wenn den Gewerkschaften eine größere Rolle zugeschrieben wird, ist dies nicht unbedingt tröstlich für das herrschende Selbstbewusstsein der Gewerkschaften. Der Franzose Rovin schrieb 1995: "Die Gewerkschaften sind im sozialen und wirtschaftlichen Leben zu einer Macht geworden. Als Eigentümer von Banken, Versicherungen, Bauunternehmen und Wohnhäusern nahmen die Gewerkschaften in der Wirtschaft der alten Bundesrepublik eine bedeutende Stellung ein, das das angepasste Bild unterstrich, das viele Funktionäre der Bevölkerung boten, die nach den Heimsuchungen so vieler Jahrzehnte selbst darauf erpicht waren, es sich gut gehen zu lassen. In der Bundesrepublik blieb die Gewerkschaftsbewegung eine treibende Kraft, auch wenn sie mitunter den Eindruck erweckte, sie sei eine Kraft des so weit verbreiteten aufgeklärten Konservatismus." Mit diesem Blick von außen wird den Gewerkschaften eine wichtige stabilisierende, eher konservative, nicht, wie viele von uns glauben, progressive Funktion zugeschrieben. Die Ordnungsfunktion wird betont, eine Tatsache, die in der Selbstdarstellung der Gewerkschaftsbewegung nicht immer gern gesehen und teilweise sogar gelegnet wird.

Wie Geschichtsschreibung die Gewerkschaften behandelt, bedarf der Reflexion. In der dominierenden Geschichtsschreibung spielen Vermittlerorganisationen wie die Gewerkschaften eine sekundäre Rolle. Denn nicht Organisationen mit Teilhabe und Integrationsfunktionen stehen im Vordergrund, sondern die Akteure, also die Parteien oder die störenden Außenseiter, also die 68er. Die Geschichtsschreibung widmet sich nur marginal dem Verhältnis von Bevölkerung und politischen Akteuren. Und genau hier liegt die zentrale Bedeutung der Gewerkschaften und des DGB.

Er versteht sich als Sprecher der abhängigen Bevölkerung und wird von einem wichtigen Teil auch als solcher verstanden. Die derart geschaffene Bindung an die Gewerkschaftspolitik ist für die Integrationsleistung entscheidend. In Zustimmung wie in Opposition zur jeweiligen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik sowie in allgemeiner Politik - Wiederbewaffnung, Ostpolitik, Demokratieentwicklung, Ausländerpolitik - nimmt das den Gewerkschaften verbundene Segment der Bevölkerung Anteil an dieser Gesellschaft. DGB wie Gewerkschaften haben beispielsweise für die Integration der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in das Arbeitsleben, und damit in die Gesellschaft, zweifelsohne Außerordentliches geleistet. Diese dankten es, denn sie waren in Arbeitskämpfen wie Demonstrationen die besten Stützen gewerkschaftlicher Macht. So etwas wird in der Geschichtsschreibung eben nur am Rande erwähnt.

Mitbestimmung wird von der Geschichtsschreibung genannt, aber gilt nicht als wichtiges Problem in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Arbeitswelt ist kein zentrales Thema. Die Geschichtsschreibung blickt von außen auf den DGB als ein Teil der Gesamtgesellschaft und kümmert sich primär um die Gesamtentwicklung der Gesellschaft. Funktionäre der Gewerkschaften handeln und denken aber notwendigerweise zur Sicherung ihrer Wirkungsmöglichkeiten aus einer partikularen Innensicht, manchmal aus einer Wagenburgmentalität, ihre Weltdeutung ist oft dichotomisch. Auf jeden Fall geht die Blickrichtung auf die Welt der Gewerkschaften. Die Welt außerhalb wird vielfach nur instrumental wahrgenommen.

In der Mediendarstellung wie im populären Urteil gilt der DGB als mächtig. In der Geschichtsschreibung ist davon weithin nichts zu spüren. Diese Diskrepanz erkläre ich aus der Undurchsichtigkeit der korporatistischen Verfassung der Bundesrepublik, die zu beurteilen Außenstehenden schwer möglich ist. Für sie ist klar, dass der DGB als die Vereinigung aller Gewerkschaften, und diese Gewerkschaften zeigen ja vielfach ihre Macht in partikularen Feldern, sehr mächtig sein muss. Zwar wissen die Medien dies zu beurteilen, aber ihre Darstellungsform, insbesondere die des Fernsehens, begünstigt Vereinfachungen, so dass dem DGB mehr zugetraut wird, als tatsächlich möglich ist. Die Erwartungen vieler Menschen - deutlich über den Mitgliederbestand der Gewerkschaften hinaus - richten sich an die Macht DGB. Wenn der DGB-Vorsitzende zum Kanzlergespräch geht, scheint dies zu bestätigen, dass Handlungsmöglichkeiten sich derart konzentrieren. Die Medien erwecken ein Bild, das durch die Geschichtsschreibung negiert wird. Der DGB und die Gewerkschaften sind Teil des spezifisch korporatistischen Systems der Bundesrepublik. Dessen Widerspiegelung in der Geschichtsschreibung ist ein offenes Problem und damit letztlich auch die historische Bedeutung von DGB und Gewerkschaften.

Ich schließe mit drei Folgerungen:

Die Geschichtsschreibung muss sich, meine ich, stärker als dies wahrnehmbar ist, mit der Rolle der Gewerkschaften für die geschichtliche Entwicklung der Bundesrepublik auseinandersetzen. Dabei geht es mir nicht um den weiteren Ausbau der Spezialrichtung Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte, sondern um die Integration in die allgemeine Geschichte und damit einen anderen Blick auf diese.

Zum Zweiten: Wem der beschränkte Einfluss der deutschen Gewerkschaftsbewegung auf Politik ein Ärgernis ist, der müsste sich für eine Neukonstruktion des Verhältnisses DGB - Gewerkschaften einsetzen. Wer darin eine Überforderung der Gewerkschaftsbewegung sieht, der kann den DGB so belassen, wie er ist. Aus einer Außensicht wäre zudem zu fragen, ob das mittlere Gewicht, das DGB und Gewerkschaften in der allgemeinen Politik besitzen, nicht auch von Vorteil für die Machtgleichgewichte im bundesrepublikanischen Staat ist.

Und eine letzte Bemerkung: Die Gewerkschaften überschreiten in der Rhetorik ihre Handlungsmöglichkeiten bei weitem. Wenn sie sich als Vertreter der gesamten Arbeitnehmerschaft verstehen, wenn sie mehr als partikulare Interessenvertretung sein wollen, dann müssen sie neue Handlungsmöglichkeiten entwickeln. Der Widerspruch zwischen ausgreifender Rhetorik und bescheidenem Handeln ist auf Dauer nicht bekömmlich. Die Gewerkschaften sollten ihn produktiv lösen.